

Teurer Strom, volle Staatskassen

Industrie und Private leiden unter den hohen Kosten – derweil erhalten die Eigentümer der Energiefirmen Milliarden an Dividenden



Mastenwald in Laufenburg im Aargau. Die hohen Gewinne der Stromkonzerne fliessen grossteils an die Kantone. G. BALLY / KEYSTONE

THOMAS SCHLITTLER

Steht die Welt kopf, schlägt die Stunde der Energie- und Rohstoffhändler. In Krisenzeiten erzielen Trader oft die höchsten Gewinne. Das zeigte sich 2022 nach Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Und auch die militärische Blockade der Strasse von Hormuz ist für viele Commodity-Trader mehr Chance als Gefahr.

Diese Logik gilt nicht nur für globale Rohstoffhändler, sondern auch für staatlich kontrollierte Energiekonzerne in der Schweiz. Alpiq, Axpo und BKW erwirtschaften mittlerweile einen erheblichen Teil ihrer Gewinne im internationalen Energiehandel – von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Selbst Repower, die Nummer vier im Schweizer Strommarkt, schreibt im jüngsten Geschäftsbericht, das internationale Handelsgeschäft habe sich «erneut» als wichtigster Ergebnistreiber erwiesen.

Die Gewinne der Stromkonzerne haben in den vergangenen drei Jahren neue Dimensionen erreicht – sehr zur Freude der öffentlichen Hand. Die Kantone, die Axpo, Alpiq, BKW und

Repower mehrheitlich besitzen, liessen sich Gewinne in Milliardenhöhe ausschütten. Zwischen 2017 und 2026 erhielten sie kumulierte Dividenden in Höhe von 3,6 Milliarden Franken. Die Hälfte davon, rund 1,8 Milliarden Franken, floss allein in den vergangenen zwei Jahren. Die geplanten Ausschüttungen im Jahr 2026 müssen teilweise zwar noch an der Generalversammlung bewilligt werden, das gilt aber als Formsache.

Scharfe Kritik

In der Privatwirtschaft sorgen die Rekordgewinne und Ausschüttungen der Stromkonzerne für rote Köpfe. Besonders die energieintensive Industrie, die unter hohen Stromkosten leidet, ist verärgert. «Die hohen und volatilen Strompreise führen zu überdurchschnittlichen Gewinnen bei Stromkonzernen und gleichzeitig zu einer massiven Mehrbelastung der energieintensiven Industrie», sagt Carla Hirschburger-Schuler, Geschäftsleiterin der Interessengemeinschaft Energieintensive Branchen.

Steigende Netzkosten – getrieben durch sowohl regulatorische Faktoren

als auch systembedingte Abgaben wie die Winterreserve – erhöhten die Stromkosten zusätzlich. «Diese Belastungen treffen die Industrie besonders stark und sind im internationalen Vergleich nachteilig», sagt Hirschburger-Schuler.

Auch Swissmem sieht die steigenden Netznutzungskosten als Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit. Jean-Philippe Kohl, Vizedirektor und Leiter Wirtschaftspolitik des Verbands, kritisiert jedoch nicht die Gewinne selbst, sondern deren Verwendung. «Die Kantone sollten die Stromkonzerne nicht melken, sondern ihre Gewinne zur Stärkung der Strominfrastruktur einsetzen.»

Die Kraftwerke und Netze der Stromkonzerne seien kritische Infrastrukturen für Bevölkerung und Industrie, sagt Kohl. Es sei problematisch, wenn Dividenden den allgemeinen Staatskonsum finanzierten. Die Gewinne müssten vielmehr dazu dienen, die Versorgungssicherheit, die Qualität und den Ausbau der Infrastruktur im Hinblick auf die Klimaziele der Schweiz zu gewährleisten. «Würden beispielsweise jährlich 500 Millionen Franken einbehalten und für die Infrastruktur zurückgestellt

und nicht als Dividenden ausgeschüttet, könnten innert zehn Jahren Investitionen in der Grössenordnung eines halben AKW aus eigenen Mitteln finanziert werden.»

Die Kantone zeigen für diese Kritik wenig Verständnis. Die Berner Regierung erklärt, man verfolge als Mehrheitsaktionär der BKW eine langfristige Eigentümerstrategie mit Fokus auf der Versorgungssicherheit, erneuerbaren Energien und einem starken Wirtschaftsstandort, ohne in die unternehmerische Verantwortung des Unternehmens einzugreifen. Die Dividendenausschüttung sei «angemessen».

Der Kanton Graubünden, dem Repower zu 27 Prozent gehört, verweist auf eine «vertretbare» Gewinnmarge von 5 Prozent. «Dass ein Teil davon an die Aktionäre in Form von Dividenden weitergegeben wird, entspricht der gängigen Praxis», sagt eine Sprecherin des Departements für Infrastruktur, Energie und Mobilität. Zudem sei Repower vor zehn Jahren aufgrund tiefer Strompreise in Bedrängnis geraten und durch die Aktionäre refinanziert worden.

Auch die Klagen über hohe Stromkosten weisen die Eigentümerkantone zurück. «Für Grosskunden, das heisst auch für die Industrie, ist der Markt geöffnet, und die Unternehmen können ihren Stromlieferanten selbst wählen», schreibt ein Sprecher der Zürcher Baudirektion, Zürich, mit Anteilen von 37 Prozent an Axpo und 38 Prozent an Repower, habe keinen Einfluss auf den Strompreis und sei somit nicht die richtige Adresse für die Kritik der Industrie. Gleichzeitig hält der bevölkerungsreichste Kanton des Landes fest: «Dass die Zürcher Steuerzahlerinnen und Steuerzahler von den Beteiligungen des Kantons an Energieunternehmen profitieren – dagegen ist nichts einzuwenden.»

Auch der Kanton Bern sieht sich nicht in der Verantwortung für die hohen Preise: «Bei einem Verbrauch ab 100 Megawattstunden pro Jahr können Industriebetriebe ihren Elektrizitätsbedarf frei auf dem Markt einkaufen. Sie sind nicht auf die Lieferung durch die BKW angewiesen», sagt ein Sprecher. Zwischen den Ergebnissen der BKW und den Stromkosten der Industrie bestehe kein Zusammenhang.

Den Preis mache der Markt

Die Stromkonzerne selbst argumentieren ähnlich. «Die Strompreise werden durch Marktmechanismen und regulatorische Rahmenbedingungen bestimmt – nicht durch einzelne Unternehmen und

auch nicht durch ihre Ausschüttungspolitik», schreibt die Medienstelle von Axpo.

Alpiq betont, der derzeitige Strompreis sei «ein Resultat aus Angebot und Nachfrage» und werde an den Handelsplätzen festgelegt. «Als Stromproduzentin ohne Netz und ohne gebundene Kunden sind wir vollständig dem Markt ausgesetzt, wenn wir den Strom via Börse verkaufen – nach oben wie nach unten», sagt ein Sprecher.

Verantwortlich für die steigenden Energiepreise seien geopolitische Ereignisse wie der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine oder der Konflikt zwischen den USA und Iran. «Vor diesem Hintergrund greift die Vorstellung zu kurz, dass die Ergebnisse der Energieunternehmen zulasten der Schweizer Industrie oder der Endkundinnen und -kunden gingen», schreibt die Medienstelle der BKW.

Boni in Millionenhöhe

Etliche Politiker in Bern sehen dies anders. «Es entsteht der Eindruck, dass sich der Zweck der Beteiligung von Kantonen und Gemeinden an diesen Stromunternehmen mehr und mehr vom Ursprung entfernt», sagt der Mittelnationalrat Nicolò Paganini, Präsident der Kommissionen für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek).

Die Unternehmen seien gegründet worden, um die Stromversorgung sicherzustellen. «Dieser Ursprungszweck gerät leider mehr und mehr in den Hintergrund und wird ersetzt durch Eignerstrategien, die vor allem auf hohe Dividenden und damit auf die Alimentierung der öffentlichen Haushalte zielen.»

Dies habe sich beim Rettungsschirm für die systemrelevanten Stromkonzerne gezeigt. «Da haben sich die Eignerkantone ihrer Verantwortung entzogen, und der Bund musste den Rettungsschirm aufspannen.» Gewinne und vernünftige Dividenden seien legitim, sagt Paganini. «Aber dann muss man auch bereit sein, die Risiken zu tragen.»

Ein begrenztes Risiko tragen auch jene Trader, die für Axpo, Alpiq, BKW und Repower im internationalen Handel Milliarden erwirtschaften – und eines Tages ebenso Milliardenverluste verursachen könnten. Gemäss Brancheninsidern erhalten sie für ihre Dienste zum Teil Boni in Millionenhöhe. Vergütungen wie jene von 1,8 Millionen Franken, mit der der Axpo-CEO Christoph Brand vor rund einem Jahr für Empörung sorgte, sollen von einzelnen Händlern bei Schweizer Energiekonzernen teilweise deutlich übertroffen werden.